IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 141 | 28. April 1921 | כ׳ ניסן תרפ״א | Einzelnummer 40 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Empfang Weizmanns durch Präsident Harding.

Prof. Weizmann wurde vom Präsidenten der Vereinigten Staaten, Harding, in Audienz empfangen. Prof. Weizmann hatte mit dem Präsidenten eine längere Unterredung betreffs der zion. Tätigkeit und über das Programm des Wiederaufbaues des jüd. Nationalheimes in Palästina. Weizmann erklärte, dass Präsident Harding ihn sehr freundlich empfangen habe und seinen Ausführungen mit grosser Aufmerksamkeit gefolgt sei.

Von der Sitzung des Zentralrates der Agudas Jisroel.

Bekanntlich tagte der Zentralrat der Agudas Jisroel am 29. und 30. März in Wien. Da diese Sitzungen vertraulich waren und auch längere Zeit keine offiziellen Berichte veröffentlicht wurden — selbst die gefassten Resolutionen wurden geheim gehalten — wussten manche Zeitungen Berichte über diese Beratungen zu veröffentlichen, deren Richtigkeit sich nicht nachprüfen liess. So wurde u. a. auch die Behauptung aufgestellt, dass dort beschlossen worden sei, eine Delegation an den Völkerbund nach Genf zu entsenden, um dort die Nichtbestätigung des Art. 4 des Palästinamandates, worin die Zion. Org. als Jewish Agency anerkannt wird, zu erwirken. Die von der Konferenz nach Polen zurückgekehrten Delegierten der Szlome Emune Jisroel veröffentlichen nun im „Najen Hajnt" ein Dementi, wonach nur beschlossen worden sei, Schritte zu unternehmen, dass die Rechte der orthodoxen Judenheit in Palästina keine Benachteiligung erfahren. Der Gerrer Wunderrabbi sei auch nicht nach Palästina gefahren, um die Institution des Oberrabbinates zu bekämpfen, sondern um eine Einigung zwischen den orthodoxen Juden in die Wege zu leiten.

Die Agudah Organe „Israelit" und „Jüdische Presse" Wien-Bratislava veröffentlichen endlich unterm 21. resp. 22. April einige der wichtigsten dort gefassten Beschlüsse, wobei allerdings merkwürdig ist, dass bei sonst vollständig gleichlautendem Bericht der Passus über die Amsterdamer Aktion nur im „Israelit" zum Abdruck gelangt und in der „Jüdischen Presse" mit einem Beschluss bezüglich der Palästinadelegation ersetzt ist. Ein wenig eigenartig berührt auch der Umstand, dass gerade in der Woche nach der für die Agudah ja so wichtigen Wiener Tagung ihr offizielles Wiener Organ, die „Jüdische Presse" plötzlich „technischer Umgestaltung wegen", während einer Woche nicht erschienen ist. Man kann also sagen, dass für die Verbreitung verschiedenster Gerüchte von der Agudah selbst üppiger Boden bereitet wurde.

Von den öffentlichen Beschlüssen befasst sich ein Teil mit den Finanzen, Jeschiwoth und dem Rabbinischen Rat. Bez. der „politischen Erez Jisroelfrage" heisst es: „Der Zentralrat erachtet es in einem Augenblick von geschichtlicher Bedeutung für seine Pflicht, in politischer Hinsicht zur Palästinafrage folgendes zu erklären: Art. 4 des Entwurfes zum Palästinamandat, durch den eine einzelne Partei innerhalb der Judenheit, die Zion. Org., als Jewish Agency anerkannt wird, widerspricht den Grundsätzen allseitiger Gerechtigkeit und ist insbesondere nicht geeignet, das von der Mandatarmacht angestrebte Ziel der Heranziehung aller am Aufbau Erez Jisroels interessierten Kreise zu fördern. Der Zentralrat hält daher die Umbildung der im Entwurfe vorgesehenen Jewish Agency im allseitigen Interesse für erforderlich, derart, dass der durch die Agudas Jisroel repräsentierten Orthodoxie die Möglichkeit gegeben wird, ihrer geschichtlichen Aufgabe gemäss an dem Aufbau der jüdischnationalen Heimstätte in Erez Jisroel im Geiste der religiösen Ueberlieferung und des jüd. Religionsgesetzes mitzuwirken." — Bez. der Amsterdamer Vermittlungsaktion erklärt der Zentralrat, dass nach Lage der Dinge ein praktisches Ergebnis erst nach Umbildung der Jewish Agency erwartet werden kann. — Der Zentralrat erklärt die Förderung des Keren Hajessod durch Agudisten auf Grund der für die Verwaltung und Verwendung dieses Fonds geltenden Bestimmungen für unstatthaft. Er fordert die Exekutive vielmehr auf, alles aufzubieten, um das vom Zentralrat aufgestellte Programm zu positiver selbständiger Arbeit auch auf wirtschaftlichem Gebiete in Erez Jisroel in möglichst umfassender Weise zu verwirklichen.

Bolschewistische Kampfmethoden.

Der „Wolja Rossiji" gelang es, in den Besitz eines „streng geheimen" Zirkularschreibens der Allrussischen Tschreswytschajka vom 1. Juni 1920 zu gelangen. Der Erlass trägt die Bezeichnung „Aufzubewahren unter Verantwortung des Vorsitzenden oder Chefs" und „streng geheim" und ist an die Tschreswytschajki in den einzelnen Gouvernements, an die Separatabteilungen und Rayons-Tschreswytschajki im Verkehrswesen gerichtet. Es werden darin Kampfmassregeln gegen die rechten und linken Sozialrevolutionäre und gegen die Menschewiki dargelegt, und zum Schluss noch Massnahmen gegen die Zionisten anempfohlen. Laut dem Rundschreiben haben die in letzter Zeit gegen die zion. Organisation ergriffenen energischen Massnahmen, die Verhaftung der Mitglieder der allrussischen zion. Konferenz, die Untersuchungen, die in einer Reihe von Städten bei den aktivsten Zionisten vorgenommen wurden, sowie der Umstand, dass die Zionisten aus den verantwortlichen Aemtern der Soviets entfernt wurden, zersetzend auf die Organisation und demoralisierend auf deren Mitglieder gewirkt. Da die Genossen oft nicht genügend informiert sind über die Motive, wird ihnen kundgetan, dass die Zionisten weder in Westeuropa noch von Koltschak oder Denikin verfolgt werden, was allein schon den politischen Charakter der zion. Org. beweise und auch genügen würde, um über diese Organisation ein abfälliges Urteil zu fällen. Hierauf wird auf ein Rundschreiben hingewiesen, woraus man einen

Begriff vom Wesen des Zionismus erhalten könne. Hinzuzufügen sei, dass der Zionismus als nationale Organisation die ganze Kulturarbeit der Organe der Sovietregierung, in erster Reihe der jüd. Kommunisten, vernichte, die bestrebt sind, die kommunistischen Ideen in den jüd. Massen einzuwurzeln. Der Zionismus erstrebt die Schaffung eines jüd. Staatswesens in Palästina, damit dann statt der Türken englische und französische Imperialisten die arabischen Bauern bedrücken, wobei sich jene der jüd. Kapitalisten, die tatsächlich an der Spitze der zion. Bewegung stehen, bedienen. Derartiges kann das Proletariat auf keinen Fall zulassen. Die zion. Handlanger werden behilflich sein, den Willen der Imperialisten durchzuführen und die Aufstände der bedrängten und bedrückten Araber niederzuschlagen, wie unlängst in Aegypten jüd. Legionäre, organisierte Zionisten, den ägyptischen Volksaufstand niederwarfen. Dem Bolschewismus ist daran gelegen, dass der gerechte Zorn der unterdrückten Orientvölker nicht geschwächt und zersplittert werde, sondern dass sich dieser Zorn unmittelbar gegen die Unterdrücker, England und Frankreich, nicht aber gegen deren Helfershelfer — die Zionisten — wende. Ausserdem sei der Zionismus, der fast die ganze jüd. Intelligenz umfasst, geeignet, im Falle seiner Verwirklichung den Bolschewisten die zum Aufbau der Volkswirtschaft nötigen Arbeiter wie Ingenieure, Aerzte, Apotheker, Architekten und dergl. zu entziehen, welcher Beweggrund zwar kein prinzipieller sei, aber, um die kommunistischen Prinzipien zu erreichen, dürfe man auch diesen praktischen Beweggrund nicht ausser Acht lassen. Die Kampfformen sind nun folgende: Der Ideenkampf sei den jüd. Kommunisten zu überlassen, wobei es erwünscht ist, dass an dieser Arbeit auch die russischen Genossen teilnehmen, da der Zionismus ein Faktor ist, der weit über die Grenzen einer rein jüd. Frage hinausgeht. Sodann Zerschmetterung der Organisation, wobei jedoch folgender Rahmen nicht überschritten werden soll: Beobachtung und Registrierung, Verhinderung öffentlicher Versammlungen vermittelst Verweigerung der nötigen Lokale; eventl. geheime Versammlungen sollen unter den verschiedensten Vorwänden gestört und die Teilnehmer für 24 Stunden eingesperrt werden. Die Zentrale ist stets dringend telegraphisch zu verständigen. Die Korrespondenz über die zion. Bewegung ist aufzufangen und je nach Wichtigkeit der Zentrale einzusenden. Den zion. Mandataren sollen keine Passierscheine für Eisenbahnfahrten ausgefolgt werden, auch nicht denen der Zweigverbände, wie Herzliah, Kadimah, Achusah, Makkabi usw. Jedoch sollen die Zionisten, die im Auftrage der Soviets reisen, nicht gestört werden. Die Lokale der Organisationen sind unter den verschiedensten Vorwänden, z. B. dass sie für militärische oder andere Zwecke benötigt werden, anzufordern. Im allgemeinen ist das Werk der Vernichtung so durchzuführen, dass ohne offizielle Dekrete über die Illegalität der Zion. Organisation tatsächlich deren Tätigkeit lahmgelegt oder paralysiert wird. Es empfiehlt sich, zu dieser Arbeit jüd. Kommunisten heranzuziehen. Die vorerwähnten Mittel dürften genügen. Monatlich ist der Zentrale ein kurzer Bericht über die unternommenen Schritte und den Stand der Bewegung zu erstatten. Die Repräsentanten der Bezirks-Tschreswytschajki werden verpflichtet, den Beamten Aufklärung über das Wesen des Zionismus zu geben, damit nicht die Genossen, wie es als trauriges Kuriosum vorgekommen ist, im Zionismus irgend ein geheimes, allweltliches jüd. Synhedrion erblicken, das sich zum Ziele gesetzt hat, alle Monarchen zu entthronen, um eine einzige Herrschaft zu gründen und einen Herrscher zu wählen. Der Zionismus muss einzig und allein als politische bourgeois-nationalistische Bewegung und als nichts anderes angesehen werden.

Dieses durch den Vorsitzenden der allrussischen Tschreswytschajki, Xenofontow, den Sekretär Uralow und den Chef der Geheimabteilung, Lacys, unterfertigte Dokument, aus dem wir den allgemeinen Teil nur im Auszuge brachten, zeigt nicht nur von der unglaublichsten Unkenntnis der Tatsachen, — sollen ja jüd. Legionen, die es jetzt überhaupt nicht gibt, den Aufstand in Aegypten niedergeworfen haben — sondern auch von der unglaublich tiefstehenden Moral der bolschewistischen Machthaber, die sich gegen den Zionismus Kampfesmethoden bedienen, deren sich die Jesuiten wahrlich nicht zu schämen gehabt hätten.

Chronik.

Ukraine.

— Die Exchange Telegraphen Agentur berichtet aus Paris, dass dort Meldungen über neuerliche zahlreiche Pogrome, die in letzter Zeit in der Ukraine, vor allem Podolien, sich ereigneten, eingetroffen sind. Flüchtlinge aus Odessa wissen über schauderhafte Pogrome in den Gouvernements Poltawa, Cherson und Podolien zu berichten. Die bolschewistischen Truppen, die sich in diesen von Pogromen heimgesuchten Gegenden befanden, zerstreuten sich infolge des Aufstandes der ukrainischen Bauern.

— Lt. einer Statistik des Kiewer „Kommunist" sind in der Ukraine während der letzten drei Monate des Jahres 1920 87 Pogrome und in den ersten drei Monaten dieses Jahres 16 Pogrome vorgekommen, wovon 49 auf das Gouvernement Jekaterinoslaw entfallen.

— Wie das jüd. Pressbüro in der Ukraine berichtet, haben die Bolschewisten in Kamenetz-Podolsk das jüd. Hilfskomitee liquidiert, sein Vermögen konfisziert und alle Komiteemitglieder wegen antisovietistischer Tätigkeit angeklagt. Ein Teil derselben wurde verhaftet, während es den anderen gelungen ist zu flüchten. Die jüd. Kulturliga wird von den Sovietbehörden der Unterstützung des ukrainischen Freiheitskampfes beschuldigt.

Polen.

— Bei der Abstimmung über den Rigaer Friedensvertrag mit Sovietrussland gaben die jüdischnationalen und die folkistischen Abgeordneten wie auch der Poale Zionist Dr. Schipper ähnlich lautende Erklärungen ab, die ihre Haltung in dieser Frage motivieren. Namens der Jüd.-Nationalen verlas Abg. F a r b s t e i n die Erklärung, wonach diese sicherlich den sehnlichsten Wunsch gehabt hätten, f ü r die Ratifizierung zu stimmen. Die Juden hätten mit Ungeduld das Kriegsende erwartet, nicht nur als Kriegsgegner, sondern auch als derjenige Teil der polnischen Bevölkerung, der vielleicht am meisten unter diesem Kriege litt. Der Friedensschluss bedeutet für die jüd. Bevölkerung die Rückkehr zu normalen Lebensbedingungen und den Beginn einer neuen Aera und Arbeit am Aufbau des polnischen Staates. Der Friede mit Russland ist zudem auch die endgültige Bestätigung der Existenz des polnischen Staates und seiner vollen Souveränität nach internationalem Begriffe. Es sei jedoch den jüd. Abg. unmöglich, für die Ratifizierung zu stimmen, da eine grundlegende Bestimmung dieses Vertrages, gleichsam wie absichtlich, gegen einen bestimmten Teil der jüd. Bevölkerung gerichtet ist, den der Art. 6 des Vertrages des Bürgerrechtes beraube, welcher Artikel zweifellos eine Verletzung des Art. 2 des Versailler Friedensvertrages bilde.

— Abg. H a r t g l a s s verweist im „Najen Hajnt" darauf, dass das Herannahen der neuen Wahlkampagne, wie auch die Gerüchte über die Demission der verschiedenen Minister und die Stellungnahme der nationaldemokratischen Presse gegen die polnisch-jüd. Verständigungskonferenzen, den polnisch-jüd. Ausgleich gefährden. Auf jeden Fall dürfte eine Unter-

brechung in den Verhandlungen der interministeriellen Kommission eintreten.

Im Gegensatz dazu steht eine andere Meldung, wonach Dr. Nossig nach Warschau zurückgekehrt ist und schon für die nächsten Tage eine neue Sitzung dieser interministeriellen Kommission einberufen werden soll.

— Auf der Reichtagssitzung vom 15. April interpellierten Abg. Thon und Gen. den Ministerpräsidenten bez. der Vergewaltigung der Gewissensfreiheit der jüd. Bevölkerung und der Nichtbeantwortung durch die Regierung der Interpellationen der jüd. Abgeordneten.

— Wie aus verlässlicher Quelle verlautet, soll die Frage der Wiederaufnahme der amovierten jüd. Staatsbeamten in Ostgalizien einer günstigen Lösung entgegengehen. Auch die günstige Erledigung der Wiederaufnahme der jüd. Akademiker auf die Lemberger Universität stehe nahe bevor.

— Lt. dem „Emigrant“ werden alle aus Amerika an die Verwandten in Polen übersandten Affidavits vorher durch den polnischen Konsul in Amerika visiert werden müssen. Diese neue Verordnung, die am 1. Mai in Kraft tritt, betrifft nicht die vor diesem Termin übersandten Affidavits.

— Die vom Joint nach Warschau einberufene Wiederaufbaukonferenz hielt unter Leitung von Landesco während dreier Tage langdauernde Sitzungen ab, auf denen nach lebhaftester Diskussion folgende Resolutionen angenommen wurden: Die Konferenz hält die Gründung einer Zentralbank für zweckmässig, die die ganze Wiederaufbauarbeit zu leiten haben wird. Die Bank soll folgende Abteilungen enthalten: 1) Kredit für Kleinhandel, Handwerk, Ackerbau und Einzelkredit, Finanzierung der Kooperativen und Genossenschaften, wie auch Kredit für den Wiederaufbau ruinierter Gebiete; 2) Finanzierung v. Handwerkerschulen, Fortbildungsschulen, Fachkursen und Berufsschulen; 3) Eine statistische Kommission. Die Konferenz anerkennt die Unterstützung der Chaluzarbeit in Polen als einen Teil der Wiederaufbauaktion. In Berücksichtigung der momentanen Situation, erkennt die Konferenz die Wiederaufbauaktion als unumgängliche Notwendigkeit an und stellt fest, dass diese Aktion unverzüglich begonnen werden muss, unabhängig von der Aktion für momentane Hilfe. Mit Rücksicht auf den provisorischen und nur informativen Charakter der Konferenz wird der Leitung des Joint vorgeschlagen, eine permanente Abteilung zu schaffen, die einen genauen Arbeitsplan zu entwerfen und der nächsten Konferenz, die spätestens in 2 Monaten einberufen werden soll, vorzulegen hätte.

— „Dos Naje Leben“ in Bialystok wurde für 2 Wochen verboten.

Litauen.

(Polnisches Okkupationsgebiet.)

— Lt. „Kuryer Wilenski“ hat General Zeligowski den Präsidenten der jüd. Gemeinde in Wilna, Dr. Wygodski (Zionist) und den Vertreter der jüd. Demokraten, Dr. Schabad, zu einer Konferenz eingeladen, auf der die Fragen der Einberufung des Wilnaer Landtages und der Brüsseler Konferenz besprochen wurden. General Zeligowski versprach, eine Konferenz der Vertreter aller jüd. Gruppierungen ohne jede Ausnahme einzuberufen, um sich über die Stellungnahme der Juden zu informieren.

Tschecho-slovakischer Staat.

— Lt. Mitteilung des Komitees der Jüd. Delegationen beharrt die tschecho-slovakische Regierung trotz aller Ersuchen der verschiedenen jüd. Organisationen bei ihrer Absicht, die jüd. Flüchtlinge aus der Tschecho-Slovakei auszuweisen. Der Ausweisungsbefehl betrifft ungefähr 150 Familien, d. h. 6—800 Seelen, von denen nur 25 Familien der weitere Aufenthalt in der Tschecho-Slovakei gestattet wird. Unter den Ausgewiesenen sind zahlreiche Personen, die als Handwerker im Besitze von Gewerbescheinen sind oder die sich als Hausbesitzer und Kaufleute eine sichere Existenz in der Tschecho-Slovakei geschaffen haben. Dieser Kategorie ist zur Liquidation ihres Eigentums ein völlig ungenügender Aufschub bis zum 31. Mai erteilt worden, in welchem Zeitpunkt sie endgültig die Republik verlassen müssen. Unter den Flüchtlingen befindet sich auch eine grössere Anzahl von Vollwaisen, welche die einheimischen Juden in Pflege genommen haben. Viele Flüchtlinge haben tschecho-slovakische Bürgerinnen geheiratet; auch sie unterliegen alle der Ausweisung.

Rumänien.

— In der Kammersitzung vom 13. April wandte sich Abg. Dr. Straucher in scharfer Rede gegen die Beschlüsse des letzten rumänischen Studentenkongresses, wonach Juden nicht Mitglieder des Verbandes der rumänischen Studentenschaft sein können. Straucher warnte vor den Gefahren, die eine solche Stellungnahme von Intellektuellen gegen jüd. Kommilitonen in sich berge und verwies auf die Ungesetzlichkeit dieser Beschlüsse. Es sei Aufgabe der Regierung, der Judenhetze mit allen gesetzlichen Machtmitteln Einhalt zu tun. Der bekannte antisemitische Abgeordnete Cuza billigte in einer an schmählichsten Ausfällen gegen die Juden reichen Rede die Beschlüsse der Studenten. Die Rede Cuzas wurde durch zahlreiche Zwischenrufe nichtjüdischer Abgeordneter, die gegen die Verdächtigungen und Verleumdungen protestierten, unterbrochen; ganz besonders nahm sich der frühere Ministerpräsident Vaida-Voevod der Juden an.

— Auf Grund einer Intervention der Repräsentanz der „Vereinigung der einheimischen Juden“ „Uniunea Evreilor Parmanteni“ hat der Kriegsminister einen Erlass herausgegeben bez. der zahlreichen ukrainischen Flüchtlinge, die verhaftet und vom Kriegsgericht bloss deshalb verurteilt worden sind, weil sie ohne Erlaubnis den Dniestr überschritten haben. Der Erlass wendet sich gegen die Verurteilung der Flüchtlinge aus erwähntem Grunde, da diese Verurteilung nicht den vorhergegangenen Verfügungen des Kriegsministers entspreche. Wegen blossen Ueberschreitens des Dniestr ohne Erlaubnis dürfen Flüchtlinge nicht mehr verhaftet und verurteilt werden. Der Kriegsminister hat angeordnet, dass die militärischen und zivilen Behörden verpflichtet sind, den Flüchtlingen Aufenthaltsbewilligungen für eine bestimmte Dauer auszustellen.

Ungarn.

— Bei der 2. Lesung des Friedensvertrages mit Ungarn im engl. Unterhause beantragte Abg. Colonel Wedgwood Nichtratifizierung des Vertrages und gab als eines seiner Motive die Verfolgungen an, denen die Juden in Ungarn ausgesetzt sind. Er erwähnte, dass er mit einer Kommission zwecks Erforschung der Lage in Ungarn geweilt habe und dort schreckliche Zustände konstatieren musste. Der weisse Terror sei dort ärger, als man ihn sich vorgestellt habe. Die Juden werden verfolgt wie in keinem anderen Lande, die Ukraine vielleicht ausgenommen. Auch jetzt werde die jüd. Minorität genau so wie damals verfolgt und es sind dieselben Personen wie damals an der Macht geblieben. Abg. Kennworthy unterstützte die Ausführungen Wedgwoods und betonte, dass man die Judenverfolgungen in Ungarn mit einem einzigen Worte verhindern könne. Man habe mit der Einstellung der Judenverfolgungen in Polen Erfolg gehabt und sei gegenüber Ungarn viel mächtiger als gegenüber Polen. Asquith erklärte sein Bedauern, zu vernehmen, dass jetzt auch in Ungarn, wo es den Juden einst gut gegangen ist, eine antisemitische Bewegung von barbarischem Charakter herrsche, was keine nur die Ju-

den allein angehende Frage sei. Balfour schloss sich in seiner Beantwortung den Protesten gegen die Judenverfolgungen an und drückte sein Bedauern aus, dass diejenigen, die sich von Unterdrückung befreien, gegen andere Unterdrückung gebrauchen. Er hoffe, dass der Völkerbund diesem Uebel steuern werde. Zum Schluss wurde die zweite Lesung des Friedensvertrages ohne Abstimmung gutgeheissen.

— Da der neue Stadtrat von Budapest sämtliche jüd. Bezirksärzte ihres Amtes enthoben hat, sind 4 Bezirke ohne Arzt geblieben, wodurch der öffentliche Sanitätsdienst ungemein erschwert wird.

Deutschland.

— Der bekannte Schriftsteller David Frischmann soll in Berlin nicht unernstlich erkrankt sein, sodass sein Zustand in den jüd. literarischen Kreisen Berlins Beunruhigung hervorruft.

— Die zentraleuropäische Abteilung des Keren Hajessod in Berlin gibt ein monatlich erscheinendes kurzes Mitteilungsblatt „Das neue Palästina" heraus, das Nachrichten, Berichte und Bilder aus Palästina bringt. Die erste Nummer ist bei der „J.P.Z." eingetroffen.

— Die Misrachi Organisation Deutschlands hat in Breslau eine landwirtschaftliche Schule für Mädchen eröffnet. Die Schule zählt bereits 10 Schülerinnen und zum Einschreiben neuer Schülerinnen soll ehestens Gelegenheit gegeben werden.

Frankreich.

— Am 9. April fand in Paris die Generalversammlung der neugegründeten Gesellschaft „Ort" statt, die die Versorgung der russischen Juden von Westeuropa aus mit Betriebswerkzeug, Rohmaterial, Unterrichtsmitteln, Modellen und Verschaffung von Betriebskapitalien bezweckt. Ins Exekutivbüro wurden gewählt: Besredko (Institut Pasteur) Vorsitzender, L. Bramson und W. Temkin, Vizepräsidenten und Dr. Kritschewsky, Dr. Oguse, Wolfensohn, Jefroikin, L. Glaeser, N. Halpern, D. Lwowitsch, Leonhard Rosental und M. Schön.

Italien.

Triest, 24. April.- S- Am 1. Seder-Abend fand im Gemeindehause in der Via del Monte 7 in Anwesenheit zahlreicher Gäste und vieler Ortsarmen und Durchreisenden die feierliche Eröffnung der jüd. Volksküche in Triest statt. Einheimische und unbemittelte Durchreisende erhalten darin gegen mässiges Entgelt (Mittagessen 1 Lire und Abendessen 60 Cts.) kräftige ausgiebige Kost. In den geräumigen Sälen können 120 Personen zugleich speisen. Gleichzeitig mit der Küche ist auch der Betrieb des im 2. Stockwerke desselben Hauses eingerichteten Volksheims aufgenommen worden, in dem 150 Personen übernachten können. Volksheim und Volksküche sind eine Schöpfung des Comitato centrale di protezione per emigranti ebrei, welches Komitee von der vereinigten jüd. Wohltätigkeitsanstalten in Triest ins Leben gerufen worden ist.

Die Auswanderung nach Palästina über Triest hat in den letzten Wochen wieder in verstärktem Masse eingesetzt. Die schärfere Handhabung der Quarantänevorschriften seitens der hiesigen Sanitätsbehörden setzt jedoch die Passagiere grossen Unannehmlichkeiten aus. So wurden von den für den Eildampfer am 21. eingetroffenen 50 Palästinafahrern nur 21 die Einschiffung, bezw. Abreise erlaubt, während 29 eine 12tägige Quarantäne durchmachen müssen. Ausser diesen 29 Palästinafahrern harren hier noch ca. 70 Auswanderer. auf die Erlaubnis, die Reise nach Amerika antreten zu dürfen.

England.

— Der Londoner politische H.-Korrespondent der „J.P.Z." berichtet: Kaum hat die industrielle Krisis in England etwas von ihrer äussersten Schärfe verloren, so wendet sich das Interesse des Parlamentes auch schon wieder auswärtigen Fragen zu und sofort auch wieder der Frage des Palästinamandates. In der Sitzung des Oberhauses vom 20. wurde die Debatte duch eine Anfrage Lord Lamingtons eingeleitet, der zusammen mit Lord Sydenham und Lord Islington, die Gruppe im Oberhause bildet, welche immer wieder gegen die Mandatspolitik der Regierung, insbesondere auch inbezug auf Palästina Stellung nimmt. Diese drei Lords, die sich zum Teil von Antisemitismus leiten lassen, spielten sich als Beschützer der Araber gegen die Juden auf, wobei sie der zion. Bewegung alles mögliche unterschoben. Sie sei exotisch, sie sei nur der jüd. Deckmantel für Eroberungen, die jüd. Einwanderung sei überaus gefährlich und verbreite den Bolschewismus in Palästina, Balfour habe s. Zt. als er seine schicksalsschwere Deklaration machte, nur eine sehr blasse Ahnung von der jahrelangen Tätigkeit der Zionisten gehabt, usw. Alle sie beriefen sich vor allem auf die Erhebungen der amerikanischen Kommission und dass dem Wunsche der palästinensischen Bevölkerung, der in diesem bisher offiziell nicht veröffentlichten Berichte der amerikanischen Kommission klar zum Ausdruck gekommen sei, nicht Rechnung getragen worden sei. Für die Regierung antwortete der Marquis of Londonderry, dass Art. 22 der Konstitution des Völkerbundes nur feststelle, dass die Wünsche der Bevölkerung inbezug auf die Auswahl der Mandatsmacht in Betracht gezogen werden müssen, nicht aber inbezug auf die Bestimmungen des Mandats. Was den Bericht der amerikanischen Kommission angehe, so sei es unmöglich, dass die engl. Regierung den Rat des Völkerbundes auf ein Dokument verweise, das einer anderen Regierung gehört und von derselben als nicht zur Veröffentlichung oder zur Mitteilung an dritte Regierungen geeignet gefunden worden sei. Im übrigen sei eine Aktion zur Vorlegung dieses Berichtes nicht mehr möglich. An der Diskussion beteiligten sich auch Lord Parmoor, Viscount Bryce und Marquis Crewe, die sich allerdings nicht gegen die pro-zionistische Stellungnahme Englands wandten, sondern nur das Bestreben zeigten, dem Parlament ausreichende Informationen zu verschaffen. — Es ist ganz interessant zu sehen, welchen Wert plötzlich die kleine, gegen das Palästinamandat auftretende Gruppe der Parlamentarier dem Bericht der amerikanischen Kommission beilegt. Es ist in weiten Kreisen bekannt, in welcher geradezu dilettantischen Weise die Nachforschungen dieser Kommission geführt wurden, mit der weder die Franzosen, noch die Engländer, noch die Italiener etwas zu tun haben wollten, und die ein solches Resultat ergab, dass die amerikanische Regierung es nicht der Mühe wert erachtete, den Bericht an irgendeine Stelle weiter zu geben.

— Auf der letzten Sitzung der Board of Deputies wurde ein Antrag des Joint Foreign Committee behandelt, die Verbindung, die durch die Designierung Stuart Samuels als Mittelsperson zwischen dem Joint Foreign Committee und dem Komitee der Jüd. Delegationen hergestellt worden ist, aufzuheben, da sich für die Führung einer einheitlichen Politik Schwierigkeiten ergeben hätten. Die meisten Redner sprachen sich jedoch für die unbedingte Notwendigkeit einer jüd. Einheitsfront aus und mit Ausnahme von 2 Stimmen wurde ein Amendement angenommen, wonach der Bericht an das Joint Foreign Committee zurückgeschickt wird mit der Erklärung, dass die Board of Deputies der Meinung sei, dass das Joint Foreign Committee in noch engerer Verbindung als bisher mit dem Komitee der Jüd. Delegationen zusammenarbeiten soll.

Stuart Samuel hat der Board of Deputies mitgeteilt, dass er sich nach Palästina begebe, worauf für die Zeit seiner Abwesenheit Lord Rothschild zum zeitweiligen Präsidenten der Board gewählt worden ist.

— Lt. Gerüchten der palästinensischen arabischen Presse, hat sich in England eine antizionistische Liga gebildet, an deren Spitze General Bols steht. Die

Liga beabsichtige in Palästina eine arabische Agrarbank zu gründen.

Griechenland.

— Auch in Saloniki ist es auf Grund der Verbreitung des Blutmärchengerüchtes zu einem griechisch-jüd. Zwischenfall gekommen. Auf Grund einer Interpellation des Abg. Ziakki erklärte lt. der Agence d'Athènes Ministerpräsident Gunaris, dass dieser Zwischenfall ohne Bedeutung gewesen und durch schnelles Eingreifen der Polizei beigelegt worden sei Die Fabel, die den Zwischenfall veranlasst habe, sei eine verabscheuungswürdige Verleumdung gegen ein Volk, das so viele Verdienste um die Kultur besitze. Die Verleumdung, dass die Juden christlichen Kindern Blut entziehen, errege in dem Gewissen jedes anständigen Menschen Empörung. Wir kennen, sagte der Ministerpräsident, die Juden als loyale und arbeitssame Bürger. Ihr sanfter und friedlicher Charakter widerspreche der ihnen zugemuteten Grausamkeit vollständig. Wenn einige durch Vorurteile verblendete Leute gegen die Juden eine Haltung einnähmen, die jener der grossen Mehrheit ihrer griechischen Mitbürger entgegengesetzt wäre, so würden sie es mit der staatlichen Macht und der vollen Strenge der Gerechtigkeit zu tun haben.

— In Adrianopel ist es auf Grund einer Ritualmordbeschuldigung zu Judenausschreitungen gekommen. Auf Grund einer durch nichts belegten Behauptung, die Juden hätten ein 8jähriges Kind ermordet, um sich Blut für Ostern zu verschaffen, überfiel der Pöbel das jüd. Viertel und plünderte zahlreiche Häuser und Geschäfte. Das vermisste Kind ist kurz nach den Ausschreitungen wieder heil und gesund zu den Eltern zurückgekehrt. Der Präsident der Adrianopeler jüd. Gemeinde begab sich nach Athen, um von der Regierung Schadenersatz zu verlangen. (Wir gehen wohl in der Annahme nicht fehl, wenn wir die oben gebrachte Meldung der Agence d'Athènes auf die Vorfälle in Adrianopel und nicht auf irgendwelche Ausschreitungen in Saloniki, wie es in der Meldung wohl nur irrtümlich heissen dürfte, beziehen, da Nachrichten über Ausschreitungen in Saloniki uns bisher nicht vorliegen.)

Amerika.

— Aus zahlreichen grösseren Städten Amerikas, wie Chicago, Philadelphia, Boston, Cleveland usw. sind an die zion. Delegation mit Weizmann an der Spitze, Einladungen zum Besuche dieser Städte ergangen. In Erwartung dieses Besuches werden grosse Vorbereitungen zu festlichen Empfängen und Kundgebungen für den Keren Hajessod getroffen. Auch aus Kanada ist eine Spezialdelegation der dortigen Judenheit in New-York eingetroffen, um der zion. Delegation eine Einladung zum Besuche Kanadas zu übermitteln.

— Wie die Jointzentrale der „J.P.Z." mitteilt, wurde auf einer der letzten Sitzungen des Joint Distributions Committee beschlossen, die Summe von 25,000 Dollars für konstruktive Anleihen in Palästina anzuweisen. Eine spezielle Kommission, bestehend aus Colonel Lehman, Bernard Fleksner und dem Generalsekretär des Joint Alfred Lukas, wurde mit der Verwaltung dieses Fonds betraut.

— Im Laufe des Februars sind in Amerika 80,000 Immigranten gelandet, gegen 86,000 im Laufe des Januars. Laut Kundmachung des Immigrationsbüros haben im Januar und Februar je 36,000 Rückwanderer Amerika verlassen.

Erez Israel — Palästina.

Ankunft des Gerrer Rabbi.

Der Gerrer Wunderrabbi ist am 12. April in Jerusalem eingetroffen, wo er von einer grossen Volksmenge am Bahnhof empfangen wurde, sodass dem Rabbi nur mit schwerer Mühe ein Weg zum Ausgang gebahnt werden konnte. Infolge des Gedränges wurden die Scheiben im Bahnhofgebäude eingedrückt und Rabbi Sonnenfeld verhindert, eine Begrüssungsansprache, wie beabsichtigt, zu halten. Die Agudah hatte in grossen Plakaten mit der Aufschrift „Ehret die Thora" zu zahlreicher Beteiligung aufgefordert. Eine Reihe von Delegationen aus Jerusalem war dem Rabbi nach Ludd zur Begrüssung entgegengefahren.

— Am 5. April versammelten sich in Jaffa Vertreter der verschiedenen jüd. Arbeitsstätten, sowohl der Kolonien als der Kibuschim (Chausseearbeiter) in Galiläa, Judäa und Samaria, die auf Arbeiterversammlungen in den einzelnen Orten gewählt worden waren. Die Delegierten verlangten von der Exekutive der Arbeiterorganisationen, dass diese der Zion. Exekutive die Frage der Chaluzim-Einwanderung vorlege. Am 6. April fand sodann eine gemeinsame Sitzung aller Delegierten mit der Exekutive der Arbeiterorganisationen, der Arbeits- u. Emigrationszentrale u. Sokolow statt, die drei Stunden dauerte. Es folgte am 7. April eine gemeinsame Beratung der Exekutive der Arbeiterorganisationen mit Sokolow, auf der folgende Resolutionen angenommen wurden: Es ist unbedingt nötig, sofort alle Hindernisse zu beseitigen, welche die in den Emigrationszentren (Warschau, Kowno, Wien, Kischinew, Konstantinopel, Danzig usw.) konzentrierten Arbeiter und Chaluzim an der Weiterreise nach Palästina hindern; man muss sofort, u. zw. vorerst, 15,000 Pf. zur Verfügung stellen, um mit der Ueberführung dieser Chaluzim nach Palästina zu beginnen; man muss sofort an die Verwirklichung des Londoner Beschlusses schreiten, dass die Organisierung und Anordnung der Immigration durch ein Oberstes Emigrationsamt, das sofort in Palästina gegründet werden soll, durchgeführt werde; man muss sofort den Londoner Beschluss zur Durchführung bringen, dass in den Palästinaämtern in den Emigrationsländern Vertreter aller Föderationen und zion. Fraktionen des betreffenden Landes, wie auch spezielle Emigrantenorganisationen teilnehmen, und dass das Departement, welches die Organisierung der Arbeiter und Chaluzim durchzuführen hat, auch Vertreter der Arbeiter- und Emigrationsorganisationen heranziehe. Die Kundgebung ist gezeichnet von A. D. Gordon, Sprinzak, Katznelson, Sokolow, Blumenfeld, Schweiger, Bidner und Friedmann.

— Die Präsidialmitglieder des Waad Leumi, Dr. Thon und Ben-Zwi überreichten dem Oberkommissär einige Bestimmungen, die für die Organisierung der jüd. Gemeinden von grundlegender Bedeutung sind. Die Organisierung der Gemeinden, wie Wahlordnung und dergl. bedarf zwar der Bestätigung durch die Delegiertenversammlung, aber da sich jetzt schon die Notwendigkeit erwiesen habe, dass die Gemeinden gewissen Anforderungen, die keinen Aufschub erlauben, nachzukommen haben, seien in Berücksichtigung dieser Verhältnisse einige grundlegende Bestimmungen schon jetzt zu approbieren. Der Oberkommissär sagte zu, diese Frage mit dem Gerichtssekretär besprechen zu wollen. Im Laufe des Gespräches wurde auch die Frage der Zuweisung von Boden an die demobilisierten Legionäre besprochen, desgleichen die Ordnung der Verhältnisse an der Klagemauer, wo die betenden Juden häufig Missachtung durch die Anrainer ausgesetzt sind. Lt. Mitteilung des Oberkommissärs, soll diese Frage durch die internationale Kommission geregelt werden, die nach Bestätigung des Mandates sich mit dem Schutze der Heiligen Orte aller Religionen zu befassen haben wird.

— Am 31. März fand eine gemeinsame Sitzung des Präsidiums des Waad Leumi und der Vertreter des Oberrabbinates wegen der Frage der Organisierung der Gemeinden statt. Namens des Waad Leumi

nahmen daran teil: Jellin, Thon, Ben-Zwi, Mejuches und Generalsekretär Heftmann und namens des Rabbinates, Rabb. Weber, Panisel und Dr. Eliash. Nach dem Referate Dr. Thons über die Organisierung der Gemeinden und die getroffenen Vorbereitungen und einer regen Diskussion, an der auch die Frage der Subventionierung der Rabbinate und der religiösen Anstalten durch die Gemeinden besprochen wurde, wurden Eliash, Panisel und Thon mit der Ausarbeitung genauer Vorschläge beauftragt. Des weiteren wurde beschlossen, dass der Misrad Harabanuth und der Waad Leumi je drei Vertreter ernennen sollen, die gemeinsam die Frage der Friedensgerichte besprechen sollen.

— In einer von Zivilkommissär Deedes unterfertigten Verlautbarung wird der von der Rabbinerversammlung gewählte Rabbinerrat offiziell bestätigt. Die pal. Regierung anerkennt diesen Rat und jedes Beth-Din, das durch ihn approbiert ist, als einzig befugte Instanz in jüdischen Rechtsfragen. Sie wird vermittelst der bei der Regierung bestehenden bürgerlichen Gerichte alle Urteile, die durch das Beth-Din des Rabbinerrates — sei es als erste, sei es als Appellationsinstanz — ergehen, zur Durchführung bringen, ebenso alle Urteile irgend eines Beth-Din in Palästina, das durch den Rabbinerrat approbiert ist. Das Amt eines Chachambaschi für Palätsina wird als erloschen erklärt und die Regierung wird ausser den beiden auf der Versammlung gewählten Oberrabbinern niemand als Oberrabbiner in Palästina anerkennen.

— Am 9. April wurde die auf Initiative der Pro Jerusalem Gesellschaft veranstaltete Kunstausstellung im Davidsturm (Migdal David) eröffnet. Anwesend waren ausser Samuel und Gemahlin auch der Kreischef von Jerusalem, Storrs, der zugleich Präsident der Pro Jerusalem Ges. ist, der Stadtpräsident, griechische und armenische Geistliche und zahlreiche englische und jüdische Notabeln. In seiner Ansprache drückte Samuel seine Freude aus, an der Eröffnung teilnehmen zu können und dankte Storrs, Luk und Ing. Ashbi für die gute Organisierung dieser Kunstausstellung. Die Kunst müsse gepflegt werden, da sie das Leben verschönere. Auch die Regierung werde trachten, durch entsprechende Anschaffungen für die Regierungsgebäude und Aemter die heimische Kunst zu unterstützen. Samuel eiferte die Anwesenden in humorvoller Weise an, die ausgestellten Kunstwerke fleissig zu erwerben, da deren Preis sicherlich später nach deren Bekanntwerden im Ausland in die Höhe gehen dürfte. Er wies auf die Entwicklung der Aesthetik und des guten Geschmackes durch den Bezalel und auch die Handwerksschulen der Alliance hin und bedauerte, dass in der muselmanischen Abteilung nur antike Kunstgegenstände ausgestellt worden seien. Er hoffe, dass bei der nächsten Ausstellung auch diese Abteilung reich an Neuschöpfungen sein werde. Nach Abschluss der Eröffnungsfeier wurden die Ausstellungsräume von den Anwesenden besichtigt. Die Räume sind eingeteilt in: Saal für muselmanische Kunst, Saal der Stadtpläne Jerusalems, Saal der internationalen Kunst und die Säle des jüd. Künstlerverbandes.

— Nach langwierigen Bemühungen und zahlreichen Vorstellungen, besonders der Zion. Kommission, ist es nunmehr gelungen, die Freigabe des von den englischen Militärbehörden für Militärzwecke angeforderten jüd. Technikums in Haifa zu erwirken. Die Militärbehörden haben ihre Zustimmung zur Evakuierung gegeben; mit den Räumungsarbeiten wurde bereits begonnen. Die Frage der ehesten Wiedereröffnung des Technikums ist somit in ihr akutes Stadium getreten. An die Zion. Org. wurde das dringende Ersuchen gerichtet, die zur Eröffnung des Technikums erforderlichen Summen in möglichst kurzer Zeit bereitzustellen. Für die Vollendung der erforderlichen Bauarbeiten hat Boris Goldberg 2000 Pf. zur Verfügung gestellt (s. „J.P.Z." Nr.138).

— Die Regierung hat ein Komitee ernannt zwecks Ausarbeitung eines neuen Strafgesetzes für Palästina, das sich zusammensetzt aus Goadby, Vizejustizsekretär, Generaladvokat Kermak, den Mitgliedern des Appellationsgerichtes Frumkin und Jeralla, dem Prokurator am Appellationsgerichte Isaak Effendi Bodery und Abarius, Inspektor der Gerichtshöfe. Diese Kommission fusst bei ihren Arbeiten auf dem neuen, durch Experten für Aegypten ausgearbeiteten Kodex, der Verbesserungen des vorher eingeführten Strafgesetzes enthält. Die Kommission hält auch weitere Aenderungen für notwendig, um diesen Kodex auch den Bedürfnissen Palästinas anzupassen. Die Arbeiten der Kommission sollen drei Monate dauern, worauf der Kodex dem Oberkommissär zur Sanktionierung vorgelegt werden wird, um sodann nach öffentlicher Publizierung in englischer, arabischer und hebräischer Sprache als offizielles Strafgesetz für Palästina zu gelten.

— Lt. amtlicher Verlautbarung wird auf Maschinen, die aus dem Auslande importiert werden, ein Einfuhrzoll von 11 Prozent ad valorem erhoben. Bei Maschinen aus Aegypten und der Türkei beträgt der Zoll nur 8 Prozent. Der Betrag ist, sofern er 100 Pf. nicht übersteigt, sofort zu erlegen; bei höheren Beträgen muss der Importeur vor Herausgabe der Waren 100 Pf. erlegen, während der Restbetrag zur Hälfte innerhalb 12 Monaten nach der ersten und zur anderen Hälfte innerhalb weiterer 12 Monate zu erlegen ist. Der Importeur, resp. sein Kommissionär müssen der Zollverwaltung für den Rest der Zollgebühr die Bürgschaft einer Bank beibringen. Die schuldige Gebühr wird mit 5 Prozent verzinst; ratenweise Abzahlung ist gestattet.

— Im Laufe des März sind in Palästina 950 Immigranten eingetroffen, darunter 300 aus Anatolien und Persien. 60 Familien haben sich organisiert, um sich als Kolonisten niederzulassen. Die Immigrationsabteilung des Waad Hazirim will diese Immigranten in verschiedenen Handwerken ausbilden und bestrebt sich, die Immigranten an Orten anzusiedeln, wo es noch keine zahlreichere jüd. Bevölkerung gibt, wie Beersheba, Gaza, Akka, Ramleh, Ludd usw. Viele dieser Immigranten sind bei den Eisenbahnen beschäftigt.

— Die vereinigten jüd. Arbeiterorganisationen Palästinas ersuchten die Regierung um die Erlaubnis, eine Arbeiterbank mit einem Grundkapital von 40,000 Pf. zu eröffnen.

— Ithamar Ben-Awi hatte s. Zt., wie auch von uns berichtet, bei der englischen Regierung Beschwerde erhoben, wegen der Schwierigkeiten, die Inhabern palästinensischer Pässe bei der Landung in England bereitet würden. In einem Schreiben, das Ben-Awi soeben von Lord Curzon — es ist bereits das dritte in dieser Angelegenheit — erhalten hat, heisst es: Obwohl der rechtliche Personalstand der Palästinenser unvermeidlich noch so lange in Schwebe bleiben muss, bis der Friede mit der Türkei ratifiziert ist, wurde doch nach Beratung mit den verschiedenen Regierungsdepartements Vorkehrung getroffen, wonach den Einwohnern Palästinas, die Zeugnisse der lokalen Amtsstellen über ihren Personalstand besitzen, die Einreise nach England ohne Hindernisse und Schwierigkeiten gestattet wird.

— Israel Cohn weilt nach Beendigung seiner Reise für den Keren Hajessod, für den er innerhalb 8 Monaten 114,000 Pfund gesammelt hat, zur Zeit in Palästina. Lt. „Haaretz" besuchte Cohn auf seiner Reise Australien, Neuseeland, China, Indien, Japan und die Mandschurei, alles Länder, deren Judengemein-

den nicht beträchtlich an Zahl sind. Auch an diesen Ländern sei die allgemeine Krise nicht spurlos vorübergegangen. Dagegen nehmen die Juden im öffentlichen Leben nicht unwichtige Positionen ein. So ist z. B. der Präsident der Abgeordneten Versammlung in Neu-Süd-Wales ein Jude. Früher war zufälligerweise auch der Vizepräsident Jude, sodass einmal die Sitzung am Jom-Kippur-Abend verschoben werden musste, da sowohl Vorsitzender als Vizevorsitzender in der Synagoge waren. Man könne hier noch vieles für den Zionismus leisten. Leider wurden diese Länder bisher vernachlässigt und die Ergebnisse wären, falls man mit der Arbeit vor 10 Jahren begonnen hätte, heute viel günstigere. Das geistige Leben leidet z. Z. darunter, dass es überall, ausser in Shanghai, keine modernen Rabbiner gibt, sondern nur Kantoren und Schächter. Cohn erwähnt, dass an vielen der von ihm für den Keren Hajessod veranstalteten Versammlungen auch zahlreiche Christen teilgenommen haben. In Wellington (Australien) war der Stadtpräsident Vorsitzender der Versammlung und unter den Rednern befanden sich der Ministerpräsident und der Oberrichter, alle Christen. Während Wellington im ganzen nur 700 Juden zählt, flossen für den Keren Hajessod 2500 Beiträge ein, also weitaus die Majorität von Christen; aber auch an vielen anderen Orten war es ähnlich.

— Das Unterrichtsdepartement der Regierung hat in einem offiziellen Schreiben der Leitung des Britischen Museums in London die Existenz der Nationalbibliothek in Jerusalem zur Kenntnis gebracht, wie auch den Beschluss, durch welchen diese Bibliothek von der Regierung als eine Institution von akademischem Wert und Rang anerkannt wird.

— Am 10. April wurde in Rischon le Zion das Postamt, zugleich mit Telegraph- und Telephonamt, in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus Jaffa eröffnet.

— In Jerusalem sind Marie Fels und Peter Schweitzer in Angelegenheit der amerikanischen „Achusath Zion" eingetroffen.

— Am 8. April kamen Peter Schweitzer, Frau Fels, Dr. Ruppin und Dr. Rubinow nach Haifa, die mit Vertretern der Gemeinde Besprechungen zwecks Gründung eines Krankenhauses in Haifa hatten.

Am 14. April wurde in Tiberias der Grundstein gelegt für ein neues Krankenhaus, eine Stiftung der Frau Schweizer.

— Dr. Brunschwig aus Basel, Präsident des Schweizer Zionisten-Verbandes, ist lt. „Haaretz" vom 4. April in Palästina eingetroffen.

— Joseph Chilo aus Alexandrien, der neuernannte Generalvertreter der bekannten Zigarettenfabrik „Albium Cigarettes" gedenkt demnächst mehrere Filialen in Palästina zu eröffnen.

— In den letzten Tagen macht sich wiederum eine grosse Einwanderung aus dem Osten bemerkbar. In die sephardischen Talmud-Thora-Schulen ist eine grosse Zahl von Schülern, Kinder der orthodoxen Neuimmigranten eingetreten.

— Am 7. April kamen mit dem Schiffe „Ort" gegen 90 Chaluzim nach Haifa. Am 9. kamen auf der „Carintia" 200 Chaluzim an, die, da man ihnen die Landung in Haifa nicht gestattete, in Jaffa landen mussten.

— Der Sohn des Oberkommissärs, Edwin Samuel, wurde zum Vizeleiter der Erziehungsabteilung bei der Regierung ernannt und hat am 8. April sein neues Amt angetreten.

— Salmen Epstein, der erst vor kurzem aus Russland nach Palästina gekommen war, ist im Alter von 47 Jahren gestorben. Epstein hatte vor und während des Krieges aus seinem beträchlichen Vermögen den nationalen Institutionen in Russland bedeutende Spenden zukommen lassen.

— Am 10. April veranstaltete der Misrachi in der grossen Synagoge der „Hundert Tore" eine öffentliche Schekel-Agitationsversammlung. Es sprachen der Vorsitzende Rabbiner Fishmann, die Oberrabb. Kook und Jakob Meier, Hermann Struck, der unlängst aus Polen eingetroffene Rabb. Kowalski aus Wloclawek und Rabb. Horowitz.

— Die Misrachi Organisation in Palästina hat das Central Hotel in Jaffa übernommen, das 70 Leuten Unterkunft gewähren kann und als Immigrations-Büro benützt wird. In dem Gebäude wurde auch eine Küche installiert, die die Chaluzim versorgt, sowie eine Synagoge und ein Leseraum.

— In Jaffa wurde die erste Schule für systematische Kurse in Maschinenschreiben, sowie englischer und französischer Stenographie eröffnet. Unterricht in dieser „Rapid-Schule" wird durch geschulte europäische Lehrkräfte erteilt.

Presse- und Verlagsnotizen.

— Im Verlage „Le Buisson Ardent" 24, Rue Laffitte, Paris, ist eine Broschüre „Die Weisen von Zion und die Meinung der Welt" erschienen, die bezweckt, den absolut falschen und verleumderischen Charakter der bekannten „Protokolle" darzutun. Die Sammlung enthält die wesentlichsten Dokumente, die über diesen Gegenstand in der Weltpresse erschienen sind, darunter zahlreiche Dokumente nichtjüdischen Ursprungs, und wird mit einem Vorwort von Maurice Vernes eingeleitet.

— Das Hauptbüro des Jüd. Nationalfonds im Haag, hat eine kurze Broschüre, schon mehr Flugblatt, „Der jüd. Nationalfonds", „Der Schlüssel zum Aufbau Erez Israels", herausgegeben, die die verschiedenen an der Londoner zion. Jahreskonferenz bez. des Nationalfonds und der Bodenpolitik angenommenen Thesen unter Beifügung kurzer erläuternder Kommentare enthält, samt einem Anhang über die Sammelmittel des Jüd Nationalfonds.

— In Craiova wird eine doppelsprachige, rumänisch u. deutsch, unter Redaktion von Dr. M. Thenen erscheinende illustrierte Monatsschrift „für die jüd. Familie Grossrumäniens", „Viata — Das Leben" herausgegeben. Das erste bei der „J.P.Z." eingetroffene Heft macht einen ziemlich günstigen Eindruck.

„Haschiloach". Doppelheft Schwath und Adar ist bei der „J.P.Z." eingetroffen und enthält Beiträge von Dr. Klausner, Belkind, Dr. Brawer, Barasch, Bistritzki, Mirkin, Simon, Pen, Ben-Zion, Ginsburg, Kimchi, Dr. Slousch, A. Zeitlin, Borochow, Ben-Zwi und Schneiur.

Verein
„Jüdische Bibliothek" Zürich
und
„Jüdische Jugendbibliothek"
(Jung-Misrachi)
befindet sich vom Mai an
MÜLLERSTRASSE 25.
Erste Bücherausgabe:
Mittwoch 4. Mai.

BIBLIOTHEKSTUNDEN:
Sonntag: 9—12 Uhr vormittags,
Mittwoch: 7½—9 Uhr abends.



Empfehlenswerte Firmen in Basel



Amerika

Passagiere (I., II. u. III. Klasse), die nach Amerika zu reisen beabsichtigen, erhalten bereitwilligst u. kostenlos Auskunft über beste und vorteilhafteste Ueberfahrten, sowie betr. Preise und Pässe etc. von der

Schweiz. Generalagentur
Kaiser & Cie., Basel

Comptoir d'Escompte de Genève

Genf, Lausanne, Zürich, Freiburg, Basel
Aktienkapital und Reserven Fr. 61,000,000.—

Kapital-Anlagen

Unabhängige, sorgfältige und individuelle Beratung

Jede gewünschte Auskunft erteilt bereitwilligst
Die Direktion in **Basel.**



Hotel zum Storchen

Fein bürgerliches Haus
20 Billards .-· Orchester

Schuhhaus z. Siegfried

Inh. Sigmund Dreyfuss
Eisengasse 17 Basel
Solide und elegante
Schuhwaren
Stets Eingang v. Neuheiten

Inserieren bringt Erfolg!!!



Zwilchenbart A.-G.
BASEL

Auswanderung

nach überseeischen Ländern über alle größeren Seehäfen

Eier-Cognac SENGLET

ist absolut rein
und wird vom Arzt empfohlen!

Ueberall vorrätig
in feinen Restaurants, Lebensmittel- u. Droguen-Geschäften und Apotheken



Moderne Schuhe
für jeden Zweck
Schuhhaus W. Jonas, Basel
Gerbergasse 27/29 Tel. 945

Dr. Neefe, Eichele & Schlichtholz
Institut Minerva
Basel
Maturitäts- u. Hochschulvorbereitung
Basel, Eisengasse 17

HUT- u. HERRENMODEMAGAZINE
JOS. KALLER
GERBERGASSE 48 BASEL

Neuanfertigungen und Reparaturen von
ספרי תורה, תפילין, מזוזות, מפות (Wimpeln)
Jahrzeitstabellen Telephon 7624
P. M. Goldschmidt סופר Basel
Hebräische Buchhandlung Kornhausgasse 10

Fördert die gemeinnützigen Institutionen im heiligen Lande!
Spendet für das Schweizerische Komitee für Erez Jisroel!
Postcheck-Konto Basel V 708

Speziell gut und preiswert arrangiert:
Frühstück - Znüni - Kleine Mittagessen
Nachmittagscafé etc. - Abend- u. Nacht-Imbiss
Erstklassige Weine Ausschank auch per Glas
Eigene, bekannt feine Pâtisserie
Fein belegte Brödchen für jeden Geschmack | Stets frische Mayonnaise mit und ohne Einlage | Feiner ital. Salat und pikante Spezialitäten
Täglich 2 bis 3 Mal frisches la Gebäck
IMBISS RAUM
Café und Conditorei **WESPI** Gross- und Fein-Bäckerei
Verkaufshalle für feine Delikatess-Spezialitäten
Bahnhofstrasse 83 Telephon Selnau 2870

Bad „Mühlebach" Zürich 8
Tel. Hott. 10.44 Eisengasse 16 Tram Seefeld
Rußisch-türkische Bäder
LOTHANIN LICHT und DAMPF
heilt
Gicht, Rheumatismus, Ischias und Katarrh
MASSAGEN

Inserieren bringt Erfolg!!!

Spendet zu Gunsten des isr. Hilfsfonds in der Schweiz
Donnez en faveur de l'Oeuvre de Bienfaisance juive en Suisse
Potcheck-Konto VII 915, Luzern



Das allgemeine jüdische Krankenhaus **„Schaare-Zedek"** zu Jerusalem **bittet für seine Kranken**
Organisation rein europäisch — Isolierhäuser für Ansteckende —
Aufnahme unterschiedslos für Alle. Höchste Anerkennung aller Behörden, hält sich für gewissenhafte Uebernahme v. Stiftungen empfohlen
Briefe: Zentralbüro für jüd. Angelegenheiten Luzern
Geldsendungen: Postcheck-Konto Luzern VII 1096

Seul Cabaret français à Berne
Direktion: FR. DUPERRET.
Inhaber: S. JAKOBSOHN.

Täglich zwei Vorstellungen
Nachm. 5–7 und Abends 8–10½ Uhr
PRIMA KAFFEE - ERSTKL. WEINE
Genfergasse 8 Telephon 3377

Cabaret Minerva Bern

Crowe & Co. Aktiengesellschaft
Internationale Transporte
in Basel, St. Gallen, Zürich, Chiasso, London, Manchester, Liverpool, Antwerpen, Paris, Marseille, Bordeaux, Dünkirchen, Straßburg, Mülhausen, Mailand, Rom, Genua und Como
empfehl. sich zur Uebernahme aller in ihr Fach einschl. Aufträge

Aktiengesellschaft
Leu & Co.
Aktienkapital Fr. 40,000,000
Zürich

Bankgeschäfte jeder Art
Beratung in allen finanziellen Angelegenheiten

G. Kiefer u. Co
Bahnhofstr. 10 Zürich Ecke Börsenstr.
Frühstück-services

Beachten Sie
bitte im „Tagblatt" die Programme nebenstehender Lichtspieltheater:

Orient-Cinema
Haus du Pont
Central-Theater
Weinbergstrasse 13
Eden-Lichtspiele
Rennweg
Roland-Kino
Langstrasse

GRAND CINEMA
LICHTBÜHNE
Tel. Selnau 5948 - **BADENERSTR. 18** - **Eigene Hauskapelle**
6 AKTE Des ausserordl. grossen Erfolges wegen **prolongiert!** 6 AKTE
NEU! **Erstaufführung!** **NEU!**
Geöffnete Königsgräber
KRONPRINZ RUDOLF
Das Geheimnis des Jagdschlosses Mayerling
Eine Liebestragödie aus versunkener Zeit in 6 Riesen-Akten verfasst und inszeniert von Rolf Randolf
3 AKTE. Neu! **Erstaufführung!** Wild-West-Roman
Texas Guignan, der berühmte weibliche Cowboy in seinem neuesten Abenteuer
Ein kleiner gefährlicher Teufel.

Aufmunterung oder Peitsche
Ovomaltine oder Alkohol, Kaffee, Tee.



Ovomaltine schafft nicht flüchtige Erregung, sondern hilft dem Körper beim Aufbau gesunder Kraft.

Überall erhältlich.

DR. A. WANDER A.-G.


BERN

Schweizerische Volksbank
ZÜRICH
Besorgung sämtl. kuranter Bankgeschäfte

BANKHAUS
Julius Bär & Co., Zürich
kulante Besorgung aller bankgeschäftlichen Transaktionen

Grosse Vorteile
bietet Ihnen der Ankauf einer
- **Serie** der Lotterie des -
Naturheilvereins Zürich

1. **Garantiert** mindestens **1 Treffer** mit sofort ersichtlichem und auszahlbarem Gewinne bis zu
Fr. 20,000.— in bar.
2. Anteilrecht an der 3ten Ziehung mit Treffer bis zu
Fr. 50,000.— in bar.

Serien à 5 Couverts à 10 Stück = Fr. 10.—.
Lose in Couverts à 2 Stück = Fr. 2.—.
Die Inkassofrist sämtlicher Trefferlose erlischt 6 Monate nach der 3. Ziehung.
Wiederverkäufer hohe Provision.

Handels- und Prämienobligationen-Bank A. G., Zürich
Löwenstrasse 67 (b. Bahnhofplatz) : Telephon Selnau 57.29

CINÉMA PALACE ZÜRICH **THÉATRE BELLEVUE**
KASPAR-ESCHER HAUS - TELEPHON: H. 34 34 BELLEVUE-PLATZ - TELEPHON: H. 25 45
Von Mittwoch 27. April bis Dienstag 3. Mai 1921. Täglich von 2½–11 Uhr

5 Akte Ein erstklassiges Filmwerk! 5 Akte
Wenn die Wölfe heulen
(La Hurle)
Grandioses Zirkus- u. Artisten-Drama in 5 Akten.
Belagie und ihr Hund
Lustspiel: 2 Akte m. erstkl. Hunde-Dressuren
BIENENZUCHT
Wissenschaftliche Aufnahme
SPITZBERGEN
Prachtvolle Naturbilder

Die Großstadtkinder
Schlussepisoden
Um den interessanten Zusammenhang nicht ungünstig zu beeinflussen, zeigen wir diese Woche sämtl. Schlussepisoden in **einem** Programme. Für unsere tit. Kundschaft fügen wir die 9. Episode nochmals diesen Mittwoch u. Donnerstag bei. Das Programm ist wie folgt: Mittwoch u. Donnerstag: 9., 10., 11. u. 12. Episode. Freitag bis Dienstag: 10., 11. u. 12. Episode.